

80. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Jänner 1956

426/J

A n f r a g e

der Abg. K a n d u t s c h, E b e n b i c h l e r und Genossen  
an den Bundesminister für Justiz,  
betreffend Massnahmen zur Verhinderung der Überschuldung durch Raten-  
verpflichtungen.

-.-.-.-.-

In einer Anfragebeantwortung (318/AB) hat der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau zum selben Thema die Anregung der interpellierenden Abgeordneten, die Überschuldung der Bevölkerung durch Ratenverpflichtungen im Rahmen einer Enquete zu erörtern, begrüsst. Auf dieser Enquete wären von den Interessenvertretern der einzelnen Berufsstände und der politischen Parteien Vorschläge zur Diskussion zu bringen, die geeignet sind, der drohenden Überschuldung der Bevölkerung zu begegnen. Da die zunächst in Betracht kommenden Massnahmen handels- und exekutionsrechtlicher Natur sein würden, vertrat der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau die Auffassung, dass eine derartige Enquete vom Herrn Bundesminister für Justiz einzuberufen sei, der dann die beteiligten Ressorts zuzuziehen hätte.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister bereit, die Frage, in welcher Form einer drohenden Überschuldung der Bevölkerung durch Ratengeschäfte legislativ begegnet werden kann, im Rahmen einer Enquete zu prüfen und eine derartige Enquete baldigst einzuberufen?

-.-.-.-.-